

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerei: Riesaer Tageblatt.

Verkauf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Rentamtamts Meissen.

Postgeschäftsort: Dresden 155
Girokonto Riesa Nr. 52.

Nr. 84.

Dienstag, 8. April 1924, abends.

27. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 18 Uhr mit Ausnahme des Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für Monat April 2 Mr. 50 Pf. durch Post, 2 Mr. 25 Pf. durch Boten. Für den Fall des Eintrittes von Produktionsverzerrungen, Erhöhungen des Rohstoff- und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Verlängerung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags auszugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gemähe für das Erstellen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis ist die 29 mm breite 3 mm hohe Gründstück-Zeile (6 Zilben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Neßamezeile 100 Gold-Pfennige; zittraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Seite, Zeile, Bewilligter Abdruck erlaubt, wenn der Vertrag verfüllt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Kontroverse gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa a. Riesa. Nachträgliche Unterhaltungsbeiträge. Erzähler an der Tasse. — Um feste höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger regelwidriger Eörungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Verförderungsanstaltungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenstelle: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die bayerischen Landtagswahlen.

Von unserem Berliner Vertreter

Das Ergebnis der bayerischen Landtagswahlen lässt sich nur Stunde schon soweit übersehen, dass man sich ein Bild über die parlamentarische Regierungswirkung in Bayern machen kann. Die bisherige Regierungspartei, die Bayerische Volkspartei, hat einen erheblichen Teil ihrer Mandate an die anderen Gruppen abgeben müssen, sodass sie künftig von der Unterstützung anderer Parteien abhängig sein wird, wenn sie wieder die Bildung der Regierung übernehmen will. Es gibt schon heute gewisse Kreise, die sogar behaupten wollen, dass der Bayerischen Volkspartei nichts anderes übrig bleibt, als die Sozialdemokraten in die Regierung aufzunehmen. Eine derartige Kombination ist zurzeit aber so unmöglich, dass es notwendig sein wird, die Kräfte ernsthaft zu prüfen, ob gerade in Bayern, wo der Kampf gegen den Marxismus zu allererst in Deutschland einen festen Boden gewann, nunmehr eine vollständige Rückwärtsentwicklung durchgemacht werden muss. Es wäre geradeaus eine Ironie des Schicksals, wenn in dem gleichen Augenblick, da die Sozialdemokratie in übrigen Staaten aufgehört hat, Regierungspartei zu sein, ausgerechnet in Bayern die marxistische Partei, die man bisher als schärfste bekämpfte, zum Mitregieren wieder herangeholt werden sollte.

Die Entscheidung über die Schicksalsfrage Bayerns hängt auch weiterhin von der Bayerischen Volkspartei ab, ob es immerhin gelungen ist, sich einen mahnenden Einfluss im neuen Landtag trocken des starken Stimmenverlustes zu sichern. Wenn eine Regierungsbildung ohne Sozialdemokratie anzutreten kommen soll, so ist das nur möglich unter Einbeziehung der Deutschnationalen. Einem Mittelpunkt gibt es nicht, denn die Sozialdemokraten und Kommunisten sind im neuen Landtag stark genug, um jede bürgerliche Regierung, die sich nicht auf die Deutschnationalen stützen kann, zu Fall zu bringen. Zwischen den Deutschnationalen und der Bayerischen Volkspartei besteht aber augenscheinlich eine erbitterte Feindschaft, sodass es ungemein schwer ist, eine Auskönigin zu finden. Wählt sich der Weg der Verständigung beizutreten, dann wird man voraus sagen dürfen, dass die Bildung einer neuen Regierung in Bayern für die erste Zeit auf ganz erhebliche Schwierigkeiten stoßen muss.

Von der nächsten Entwicklung in Bayern wird auch für das Reich sehr viel abhängen. Man kann schon jetzt voraussehen, dass bei den kommenden Reichstagswahlen sich ein ähnliches Bild ergeben wird, wie man es jetzt in Bayern sieht. Die bisherige regierungsfähige Mitte wird so schwach in den neuen Reichstag zurückkehren, dass sie ohne Unterstützung einer der starken Flügelgruppen von rechts oder von links keine Regierungskoalition bilden kann. Man hat nur noch die Wahl zwischen Deutschnationalen und den Sozialdemokraten, und auch hier sind noch große Schwierigkeiten zu überwinden. Wollte man wieder die Koalition mit den Sozialdemokraten herstellen, so wäre damit die deutsche Politik für die nächste Zukunft festgelegt und alle Probleme könnten nur mit Einverständnis der Sozialdemokraten gelöst werden. Die Ziele der Rechtsparteien würden sich in absehbarer Zeit nicht verwirklichen lassen. Wird auf der anderen Seite aber die Regierungsgemeinschaft mit den Deutschnationalen verfestigt, so werden die bürgerlichen Parteien stärker als je auf ihre parteipolitischen Sonderforderungen verzichten müssen. Nur so könnte es gelingen, eine einheitliche Linie des Regierungsbüros in Deutschland herzustellen, damit wenigstens der Zustand der ewigen Kriege überwunden werde. Noch eine freilich die Gegenwart unter den bürgerlichen Parteien groß genug, um die Annahme zu bestätigen, die bürgerliche Einheitsfront werde auch nach den Reichstagswahlen weiterhalten. Das Ergebnis der bayrischen Wahlen aber zeigt, dass es für die bürgerlichen Parteien aber keine andere Möglichkeit gibt, als zusammen zu arbeiten, oder aber die Sozialdemokraten in Hilfe zu rufen. Man darf gelassen sein, nach welcher Richtung hin in Bayern die Entscheidung fallen wird. Diese Entscheidung wird — wie gesagt — für die Gestaltung der Reichspolitik ebenfalls entscheidend sein.

Die künftige Zusammensetzung des bayrischen Landtages.

Nach den letzten Wahlergebnissen wird sich der künftige bayrische Landtag folgendermaßen zusammensetzen:

Bayerische Volkspartei	80 Sitze
Bölkische Block	16 "
PSD	14 "
Bauernbund	7-8 "
Kommunisten	7 "
Nationaler Rechte	6-7 "
Deutscher Block	2-3 "
Nationalliberale Landespartei	1 Sitz

Wenn auch die noch anstehenden Ergebnisse das Gesamtbild zu Gunsten der Bayerischen Volkspartei verschoben werden, so wird diese nicht mehr für sich allein in der Lage sein, die Konsolidierung zu bilden. Wie eine Regierungsmehrheit überhaupt zustande kommt, ist noch ungewiss.

München. Die Münchner Neuen Nachrichten schreiben zum Wahlausfall u. a.: Die Wahl stand im Zeichen der Stimmung des Hitler-Prozesses. Stimmungswahlen sind aber nicht geplant, tragfähige Verbündete für die Regierungsbildung zu schaffen. Von einer geschlossenen bayerändischen antikommunistischen Mehrheit sei man weiter entfernt als je. Es sei fraglich, ob der neue Landtag überhaupt arbeitsfähig sein werde und die Regierung zustande komme. — Die Münchner Zeitung schreibt, durch den Ausfall der Wahlen sei die Mehrheitsbildung im neuen Landtag und insgesamt auch die Regierungsbildung außerordentlich erschwert. Bei den kürzlichen Begegnungen zwischen

der Bayerischen Volkspartei und den Bölkischen sei an eine Kombination zwischen diesen beiden städtischen bürgerlichen Parteien nicht zu denken. — Die Allgemeine Zeitung bezeichnet die Wahlen als eine Etappe auf dem Wege des bayerischen Volkes zur inneren Einigung, die nicht immer den fürchten Weg wählt. — Die Bayerische Zeitung meint, dass sich unter den neu gewählten Männern hervorragende Grünen befinden, lasse sich leider nicht sagen.

Die erste Sitzung des Ständigen Landtagsausschusses ist auf den 10. April einberufen mit der Tagesordnung: Regierungsvorlage zur Landtagswahl.

Begeisterung der Bölkischen.

München. Der Erfolg der Bölkischen rief in München ungeheure Begeisterung hervor. In einer Versammlung im Bürgerbräueller sprach General Ludendorff über den Ausfall der Wahlen und erklärte, die Abstimmung stelle die Vergeltung für das Urteil dar, das das Münchener Volk gerichtet habe. Am Anfang an diese Vergeltung bildete sich ein Demonstrationszug, der nichts um 1 Uhr vor dem Reichstagsgebäude zog und dort unter Abstimmung nationaler Lieder die Bekanntgabe der Ergebnisse in den anderen bayerischen Bezirken forderte. Erst nach 2 Uhr nachts löste sich der Zug in der inneren Stadt auf.

Der Eindruck der bayerischen Wahlergebnisse in Berlin.

Der große Wahlerfolg der Deutschnationalen bei den bayerischen Landtagswahlen hat auf die Berliner politischen Kreise einen starken Eindruck gemacht. Wie wir aus mahnenden Kreisen erfahren, gibt das bayerische Wahlergebnis besonders den Berliner Regierungsstellen zu lebhaften Besprechungen Anlass. Der erste Teil des Reichstagsfunkts Dr. Marx, der mit allen Mitteln betreibt war und ist, die deutsche Öffentlichkeit vor einem Wahlsieg der Deutschnationalen zu warnen. Die bayerischen Wahlen, so erklärt man, seien ein ernstes Symptom für die kommenden Reichstagswahlen. Wenn die extreme Rechte auch im Reich einen nur unzureichend starken Wahlerfolg erzielen sollte, sei schon jetzt vorauszusehen, dass der neue Reichstag in dieser Zeit wieder aufgelöst werden müsste. Die Meinung der maßgebenden politischen Kreise geht dahin, dass meder die Deutschnationalen noch sonst eine bürgerliche Partei in der Lage seien würden, mit den Deutschnationalen eine Regierung zu bilden. Wenn nun im neuen Reichstag auch den Sozialdemokraten und Kommunisten auch noch die Deutschnationalen die Opposition verstärken, sei eine Mehrheitsbildung im neuen Parlament unmöglich. Niemals wäre eine starke Opposition im Reichstag gefährlicher als jetzt, da es sich um den Wiederaufbau oder um den weiteren Erfolg Deutschlands handele.

Wahlsieg der italienischen Regierung.

Rom. Nach den aus 51 Provinzen vorliegenden Wahlergebnissen sind 64 Prozent der Stimmen für die Regierung abgegeben worden. Sie erhält 1437252 Stimmen. Von den Minderheitsparteien erhielten die Italienische Volkspartei 242973 Stimmen, die gemäßigten Sozialisten 158642, die maximalistischen Sozialisten 150055, die Kommunisten 87381 und die Republikaner 39610 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 62 Prozent und überstieg damit die Beteiligung bei allen früheren Wahlen.

Rom. Nach einer Stefani-Meldung äußern sich fast alle Zeitungen zu dem Sieg der Regierung bei den Wahlen und betonen, künftig könne niemand mehr daran zweifeln, dass die ungeheure Mehrheit der öffentlichen Meinung für Mussolini sei. Das Ergebnis werde auf das Land beruhigend wirken.

Der thüringische Finanzminister zurückgetreten.

Wie die "Weimarer Zeitung" soeben von außerordentlicher Seite erläutert, ist der thüringische Finanzminister Dr. Stolze von seinem Posten zurückgetreten. Der Rücktritt ist offenbar im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten des Hauses des Staatskanzlers Voigt erfolgt, der vom Vandal und von völkischer Seite besonders in den Vordergrund gestellt worden war.

Die Micum-Berträge.

Die Behauptung des französischen Ministerpräsidenten Poincaré, dass, wenn auch nicht das Deutsche Reich, so doch die deutschen Industriellen die Verlängerung der Micum-Berträge finanzierten könnten und das sich die deutsche Industrie sogar zur Verlängerung bereit erklärt habe, ist, wie wir nach Informationen an zulässiger Stelle hören können, vollkommen unwahr. Die deutschen Industriellen haben bestimmt erklärt, dass sie die Micum-Berträge auf eigene Kosten nicht verlängern könnten. Au diesem Grundpunkt wird auch dadurch nichts geändert, dass einige wenige Betriebe, die vielleicht zehn bis fünfzig Prozent der beteiligten Industrie ausmachen, an eine Verlängerung der Micum-Berträge denken; alle übrigen Industriellen sind viel eher geneigt, ihre Betriebe von den Franzosen einzulegen zu lassen, als die Kosten dieser Berträge weiter zu schleppen. Die englische Bank hat erklärt, dass sie der rheinischen Industrie keine Kredite mehr geben könne, wenn die Micum-Berträge verlängert würden, weil darunter die Industrie zusammenbrechen würde. Nachdem die deutsche Regierung jeden Gedanken an eine Verlängerung abgelehnt hat, würde ihr niemand in der Welt mehr etwas glauben.

Wenn jetzt doch die Micum-Berträge verlängert würden, dann würde es heißen: Deutschland liegt, und wenn man nur genauesten Druck ausübt, kann es doch erfüllen! Die

Unmöglichkeit für Deutschland, die Micum-Berträge zu verlängern, soll nun Herr Poincaré einen Vorwand bieten, um legen zu können, dass er über die Gutachten der Sachverständigen-Ausschüsse überhaupt nicht verhandeln könne, weil Deutschland den bayerischen Widerstand wieder aufnehmen und die militärische Neuausgabe vorbereite. Deutschland sei somit isoliert daran, wenn auch der letzte Versuch zur Verständigung durch die Sachverständigen-Ausschüsse wieder scheiterte. Der "Tempo" verlangt als Sprachrohr der französischen Regierung in der Micum-Frage, dass die internationalen Verträge unverändert werden müssten. Die Micum-Berträge sind aber keine internationalen Verträge, sondern lediglich Privatverträge, deren Ablauf am 15. April vereinbart worden ist. Andere Worte haben sogar gegen die Micum-Berträge schärfste Einpruch erhoben, weil mit diesen Verträgen Nachlieferungen für zwei Mächte ermöglicht worden sind, während Deutschland die Nachlieferungen an die andern Staaten eingeschoben hat. Aber Poincaré ist jeder noch so fadencheinige Vorwand recht, um behaupten zu können, dass Deutschland nicht erfüllen wolle.

Beschärfung des Eisenbahnerkonflikts.

Berlin. In dem Konflikt zwischen den Eisenbahnerarbeitern und der Reichsregierung ist eine weitere Verstärkung eingetreten. Beirat und Vorstand des freien Gewerkschaften-deutschen Eisenbahnerverbandes haben einstimmig eine Entschließung gefasst, in welcher das neuerliche Angebot des Reichsverkehrsministeriums abgelehnt und abgelehnt wird, dass die Löhe vom 30. März ab um sechs Pfennige pro Arbeitsstunde in allen Gruppen und Klassen erhöht werden. Am Achttundertag ist grundätzlich für das gesamte Eisenbahnerpersonal festgehalten. Zur Überwindung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Notlage der Eisenbahn könne die Arbeitszeit jedoch um eine Stunde verlängert werden, falls die Arbeitssatz nach dem täglichen Sache abholt werde. — Auch der Hauptvorstand der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner lehnt in einer Entschließung das Angebot der Regierung ab mit dem Bemerkung, dass bereits der am 4. April mit dem Reichsverkehrsministerium vereinbarte Vorstand eine große Belastungsprobe bedeutet, der bei den Mitgliedern des Verbandes auf Widerstand stösse. Der Hauptvorstand der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner sei daher zu dem Entschluss gekommen, gemeinsam mit anderen Eisenbahnerverbänden zur Erreichung der Forderungen der Eisenbahner den Kampf aufzunehmen. Mit Genehmigung betrifft es der Hauptvorstand, dass dabei die Postarbeiter die Eisenbahner in diesem Kampfe finanziell unterstützen wollen.

Heute vormittag sollen noch einmal Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes stattfinden.

Erhöhte Maßnahmen der Reichsregierung.

Die Verstärkung im Eisenbahnerstreik hat die Reichsregierung veranlasst, erhebliche Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, um eine weitere Ausdehnung der Bewegung zu verhindern. Wie der "Berliner Presse-Dienst" erläutert, besteht die Absicht, auf Grund des zur Zeit noch bestehenden zivilen Aufnahmestandards gegebenenfalls eine Verordnung zu erlangen, die schwere Strafen für die Stilllegung lebenswichtiger Betriebe vorstellt. Eine Bewilligung der von den Eisenbahnerarbeitern gestellten Forderung könne für die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner nicht in Frage kommen, da die zulässige Grenze des Entgegenkommens der Regierung darüber hinaussteht.

Der Beamtenabbau und der neue Reichstag.

In den Beamten-Organisationen herrscht grohe Unzufriedenheit mit dem überaus schnellen Tempo, in dem der Beamtenabbau von der Reichsregierung gehandhabt wird. Vor der Auflösung des Reichstages war gelagert worden, dass der größte Teil der Abbaustufen bereits erledigt sei und dass der Rest des Abbaus bis zur nächsten Sitzung hinziehen würde. Nach den Informationen, welche die leitenden Beamtenkreise erhalten haben, wird aber der Abbau zum größten Teil schon vor Beginn der neuen Reichstagsperiode beendet sein, während die Schiedseinrichtungen noch nicht zu funktionieren begonnen haben und die weitere Entwicklung sich in einer schleppenden Weise vollzieht. Die Beamtenstadt sucht deshalb im Wahlkampf mit allen Mitteln auf die Kandidaten der verschiedenen Parteien einzutreten, um vor ihnen das Versprechen zu erlangen, bereits in der nächsten Tagung des Reichstages gegen die Handhabung des Abbaus energisch zu protestieren und die sofortige Abstellung verschiedener Härten, besonders in der Personalkürzung und der Bekleidung des Wartegeldes zu verlangen. Die meisten Parteien haben entschiedene Zusagen abgegeben. Man rechnet allgemein damit, dass sehr bald die Notverordnung über den Beamtenabbau im Reichstag zur Sprache kommen und eines gewissen Revision unterzogen werden wird.

Der Reichsverkehrsminister in Wien.

Reichsverkehrsminister Oeser hat sich nach Wien begeben, wo er mit der österreichischen Regierung über wichtige Eisenbahnfragen in Verhandlungen eingetreten ist. Wie der "Berliner Presse-Dienst" hierzu erläutert, handelt es sich dabei um außerordentlich wichtige Verkehrsfragen, die insbesondere die Verbesserung der gegenwärtig bestehenden Eisenbahnverbindungen zum Ziel haben. Es ist geplant, zwischen Deutschland und Österreich ein großzügiges Verkehrsabkommen abzuschließen, das nicht nur den beiderseitigen Verkehrsbedürfnissen Rechnung trägt, sondern auch die österreichischen Interessen nach dem Balkan und dem nahen Orient bedenkt.